

Staatskapitalismus 3.0

ten Brink, Tobias; Nölke, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

ten Brink, T., & Nölke, A. (2013). Staatskapitalismus 3.0. *der moderne staat - dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 6(1), 21-32. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59227-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Schwerpunkt: Staatskapitalismus

Tobias ten Brink/Andreas Nölke

Staatskapitalismus 3.0

Zusammenfassung

Die Herausbildung staatlich durchdrungener Marktökonomien in großen Schwellenländern wie Brasilien, China oder Indien ist ein mehr als überfälliger Anlass, den Westzentrismus der aktuellen Krisendiskussion sowie der Literatur zu den „Varieties of Capitalism“ zu verlassen und sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des Kapitalismus in diesen Ländern zu beschäftigen. Wir sprechen hierbei vom Staatskapitalismus 3.0, also einer dritten Welle des Staatskapitalismus mit ihren länderbezogenen Variationen. Dieser in den Themenschwerpunkt einführende Beitrag gibt erstens einen Überblick über die historischen Wellen des Staatskapitalismus. Zweitens werden die weiteren Beiträge des Schwerpunktes vorgestellt und in den Kontext der dritten Welle des Staatskapitalismus gestellt. Schließlich folgen drittens einige Implikationen für die gegenwärtige Kapitalismusforschung, die aus der Untersuchung von politischen Ökonomien jenseits der OECD-Welt zu ziehen sind.

Schlagerworte: Staatskapitalismus, vergleichende Kapitalismusforschung, kapitalistische Vielfalt

Abstract

State Capitalism 3.0

The evolution of state-permeated market economies in large emerging markets such as Brazil, China or India is a good reason for departing from the Eurocentrism of current debates about the economic crisis, as well as of the “Varieties of Capitalism”-literature. In order to capture the commonalities and differences among these economies, we speak of “state capitalism 3.0”, i.e. a third wave of state capitalism with country-specific variations. In this introduction to the thematic issue, we first give an overview on the various historical waves of state capitalism. Next, we introduce the individual contributions to the thematic issue, by relating them to the third wave of state capitalism. Finally, we highlight a number of implications for contemporary research on capitalism, based on our comparative studies of political economies outside of the OECD area.

Key words: state capitalism, comparative capitalism, varieties of capitalism

1. Einleitung¹

Im Januar 2012 veröffentlichte der „Economist“, das Leitmagazin der liberalen Kapitalismuseiten, einen Sonderbericht zum Thema „State Capitalism“ (*Economist* 2012). Ein Autor, *Adrian Wooldridge*, beschreibt dabei eine andere Form des modernen Staates, nämlich die Herausbildung einer machtvollen neuen Form des „Staatskapitalismus“ in den großen Schwellenländern, insbesondere in China, Russland und Brasilien. Im Vordergrund steht dabei der Aufstieg von eng mit dem Staat verknüpften multinationalen Unternehmen aus diesen Ländern, ihre Leistungsbilanz und ihre Zukunftsperspektiven. Deutlich wird bei der Lektüre des Berichts, dass Globalisierung nun nicht mehr unbedingt im Sinne eines liberalen Kapitalismus verstanden werden kann, sondern Varianten des Staatskapitalismus entstanden sind, die potentiell eine Herausforderung für liberale Leitbilder darstellen.

Die Herausbildung dieser staatlich durchdrungenen Marktökonomien ist ein mehr als überfälliger Anlass, den Westzentrismus der aktuellen Krisendiskussion sowie der Literatur zu den „Varieties of Capitalism“ zu verlassen und sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des Kapitalismus in den großen Schwellenländern zu beschäftigen, wobei aus unserer Sicht insbesondere Indien hinzugefügt werden sollte, auch wenn die zentrale Rolle des Staates für den indischen Kapitalismus zumindest den Berichterstattern des *Economist* offenbar nicht so präsent war. Auch überstand Indien die globale Finanz- und Wirtschaftskrise neben China und (mit Abstrichen) Brasilien weitaus besser als die „westlichen“ Kapitalismen. Wenngleich unklar ist, ob das dynamische Wachstum in den großen Schwellenländern in den kommenden Jahren anhalten wird, gehört die Entwicklung des staatlich durchdrungenen Kapitalismus in diesen Ländern aktuell nicht nur zu den zentralen Themen der Vergleichenden und Internationalen Politischen Ökonomie (*Becker* 2013; *Carney/Witt* 2013; *Kristensen/Morgan* 2012; *Schneider* 2013), sondern auch der öffentlichen Diskussion (*Bremmer* 2010; *Sharma* 2012; *van Agtmael* 2012).

Eine Beschäftigung mit dem „Staatskapitalismus“ in den großen Schwellenländern erlaubt uns nicht zuletzt, den Blick zu schärfen für die vielfältigen Hilfestellungen staatlicher Stellen für den westlichen Kapitalismus. Trotzdem besteht ein Unterschied zwischen diesen Hilfestellungen und der omnipräsenten Rolle des Staates bzw. seinen sich wandelnden Erscheinungsformen in den großen Schwellenländern. Besser geeignet als Vergleichsmaßstab sind historische Vorläufer, etwa bei der staatlich angetriebenen Modernisierung, die in Ländern wie Deutschland, den USA und Japan im 19. Jahrhundert einsetzte und sich insbesondere nach den Krisen der 1870er („Gründerkrach“) intensivierte. Ebenfalls interessant sind Vergleiche mit der großen Krise der 1930er, in deren Folge eine weitere staatsinterventionistische Welle in Gang gesetzt wurde, die sich nach dem zweiten Weltkrieg u.a. in einigen „keynesianischen Interventionsstaaten“ im Westen sowie in Ostasien, in Form des „Entwicklungsstaates“, manifestierte. Offensichtlich lassen sich historische Konjunkturen einer Hinwendung zu organisierten, staatlich durchdrungenen Kapitalismusformen besonders in Folge von Krisensituationen feststellen (vgl. *Nölke* 2012).

In den verschiedenen Aufsätzen des Schwerpunktes werden zentrale Merkmale der staatlich durchdrungenen Kapitalismen in großen Schwellenländern herausgearbeitet. Wir sprechen hierbei vom Staatskapitalismus 3.0, also einer dritten Welle des Staatskapitalismus mit ihren länderbezogenen Variationen. Darüber hinaus wird nach den Ursachen der nach ökonomischen Effizienzkriterien erfolgreichen Wachstumspfade sowie nach deren Entwicklungsperspektiven gefragt. Schließlich werden weltwirtschaftliche und -politische Effekte des Aufstiegs der großen Schwellenländer thematisiert.

Im Folgenden wird *erstens* ein Überblick über die historischen Wellen des Staatskapitalismus gegeben. *Zweitens* werden die Beiträge dieses Schwerpunktes kurz vorgestellt und in den Kontext der dritten Welle des Staatskapitalismus gestellt. Schließlich folgen *drittens* im Ausblick einige theoretische Implikationen für die gegenwärtige Kapitalismusforschung, die aus der Untersuchung von politischen Ökonomien jenseits der OECD-Welt zu ziehen sind.

2. Historische Wellen des Staatskapitalismus

In den letzten 150 Jahren hat sich gezeigt, dass die Reproduktion kapitalistisch geprägter Gesellschaften immer auch von einer funktionierenden Staatsmacht abhängt: wie bereits

Polanyi bemerkte, können Unternehmen und Märkte keine fortwährende Selbstregulierung aufbieten (*Polanyi* 1944/1978). Wirtschaft und Staat begründen in modernen Gesellschaften ein Geflecht, das durch strukturelle Interdependenzen gekennzeichnet ist – auch in „liberalen“ Spielarten des Kapitalismus (vgl. *Block* 1994; *Offe* 2006). Zugleich hat jedoch der *divergierende Umfang und Inhalt der Staatsintervention* historisch entscheidend zur Entstehung und Entwicklung von nicht-liberalen und stärker staatlich durchdrungenen Kapitalismusvarianten beigetragen. Eine Differenzierung verschiedener Wellen des Staatskapitalismus scheint uns daher sinnvoll zu sein, um zu einem nuancierteren Verständnis starker Einflußnahme von Regierungen auf die Ordnung der Ökonomie zu kommen (vgl. auch *Musacchio/Lazzarini* 2012).

Die *erste Welle des Staatskapitalismus* bestand wesentlich aus den Modernisierungs- und Schutzmaßnahmen, mit denen insbesondere Deutschland, Teile Skandinaviens und die USA, dann aber auch Japan im späten 19. Jahrhundert ihrer Wirtschaft zu einer erfolgreichen Integration in das kapitalistische Weltsystem verhelfen konnten. Im Vordergrund der staatlichen Maßnahmen, von Autoren wie *Friedrich List* konzeptionell durchdacht, standen typischerweise Schutzzölle, um die Entwicklung einer eigenen Industrie zu ermöglichen, gleichzeitig aber die Kolonisierung durch die etablierten Handels- und Industriemächte (insbesondere England) zu vermeiden. Besonders im Gefolge der auf die relativ liberale Dekade der 1860er folgenden globalen wirtschaftlichen Instabilität der 1870er resultierten der Ausbau einer staatlich kontrollierten ökonomischen, technologischen und sozialen Infrastruktur sowie eines differenzierten Gesetzes- und Verordnungsrahmens zur Wirtschaftsregulierung (*Bairoch/Kozul-Wright* 1996; *Hobsbawm* 1999; *Kromphardt* 1987; *Mann* 1998). Die Entwicklung vom „Ordnungs“- zum „Interventionsstaat“ beschleunigte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Noch stieg der Anteil der Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aber eher langsam. Auch der Dirigismus der Kriegswirtschaften während des ersten Weltkriegs wurde wieder rückgängig gemacht. Relativ stark erodierte der Staatsinterventionismus insbesondere in den 1920er Jahren, bis diese kurze liberale Ära im Rahmen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 beendet wurde.

Eine *zweite Welle des Staatskapitalismus* nahm ab den 1930er Jahren ihren Lauf, im Rahmen des New Deals in den USA und dem Faschismus in Europa, aber auch mit den ostasiatischen Entwicklungsstaaten in den 1950er und 1960er Jahren. Im Vordergrund standen bei diesem Staatskapitalismus 2.0 nicht so sehr Schutzzölle – diese wurden insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg sukzessive reduziert – als vielmehr die Idee einer zentral koordinierten Modernisierung der Wirtschaft, verkörpert insbesondere durch nationale Planungsbehörden wie das japanische MITI. War das Interventionsarsenal bei den ersten „Spätentwicklern“ Ende des 19. Jahrhunderts noch weitgehend auf die Beeinflussung der Umwelt von Unternehmen begrenzt (u.a. durch Zölle, Subventionen und die Etablierung der Geldpolitik durch die Gründung von Zentralbanken), erweiterte sich der (potentielle) Spielraum des Staates im 20. Jahrhundert. In der Phase des Staatsinterventionismus ab den 1930ern ging der Trend über die Manipulation der Firmenumwelt hinaus in Richtung einer direkten Ersetzung unternehmerischen Handelns, der Investitionslenkung durch staatliche Entwicklungspläne und der Industriepolitik. In diesem Zusammenhang wurde in den Sozialwissenschaften mehr und mehr der Begriff des staatlich gelenkten Kapitalismus oder des Staatskapitalismus genutzt.²

Die Weltwirtschaftskrise und die ausgedehnte Rüstungsproduktion machten selbst den amerikanischen Staat zum Akteur einer „Globalsteuerung“, der Teile der Gesamtnachfrage steuerte. Der Dauerinterventionismus seit dem Ende des zweiten Weltkriegs

führte zu erheblichen Veränderungen der amerikanischen Volkswirtschaft: Besonders die staatliche Rüstungsnachfrage ließ einen durch Vertragsbeziehungen geregelten öffentlichen Sektor anwachsen. Die Verträge mit staatlichen Behörden schufen ein System, das weder „frei“ noch klassisch „kompetitiv“ war. Faktisch begründete die Ausdehnung des amerikanischen Rüstungssektors die nach der UdSSR zweitgrößte Planwirtschaft der Erde.³

Freilich nahm der im Gefolge der großen Depression der 1930er intensiviertere Staatsinterventionismus in unterschiedlichen Teilen der Erde eine je spezifische Gestalt an: zum „keynesianischen Interventionsstaat“ im Westen – vom Rüstungsk Keynesianismus der USA bis zum Linkskeynesianismus in Schweden – traten im „Süden“ und, besonders erfolgreich, in Ostasien Varianten des „Entwicklungsstaates“ in Erscheinung. Letztere folgten häufig dem Prinzip der Importsubstitution, d.h. dem Unterfangen, einen sich-selbst-tragenden Industrialisierungsprozess zu organisieren und sie ahmten dabei nicht zuletzt den Methoden stalinistischer Kommandowirtschaften nach.

Wesentlich für den Anstoß zur staatlich-dirigistischen Industrialisierung in Ostasien war eine tiefgreifende gesellschaftliche Krisensituation in Gefolge des zweiten Weltkrieges. Einigen staatlichen Eliten gelang es daraufhin, traditionelle, nunmehr desorganisierte herrschende Klassen genauso wie subalterne Gruppen zu unterwerfen und effektive Strategien des wirtschaftlichen Aufbaus zu formulieren bzw. zu implementieren (*Orru/Biggart/Hamilton* 1997). In Folge dessen konnten in diesen Ökonomien, im Gegensatz zu verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, erfolgreich umfassende Landreformen (u.a. Enteignung und Neuverteilung von Grundbesitz) durchgesetzt werden, die die Produktivität erhöhten, die Industrialisierung beförderten und den Regimen Legitimation verschafften. Verschiedene ostasiatische Länder besetzten daraufhin in einer verwandten Weise, wenn auch zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit dem Mittel der wirtschaftlichen Außenorientierung Handelsnischen und erzielten Erfolge auf dem Gebiet des Exports von Industriegütern. Neben der Ausweitung des Welthandels wurde dies durch die geopolitische Konstellation des Kalten Krieges begünstigt. Die ostasiatischen Staaten adaptierten eine Entwicklungsstrategie, die der nationalen Entwicklung mithilfe angebotsorientierter Policies diente und eine enge Koordination zwischen öffentlich-privaten Netzen des Bank- und Industriekapitals zur Folge hatte: Erstens unterstützten die autoritären Regierungen das exportorientierte Wachstum durch Subventionen und schützten die nationale Volkswirtschaft durch Importkontrollen. Zweitens wurden sehr starke Planbehörden geschaffen: Das „Economic Planning Board“ (EPB) wurde zum Beispiel in Südkorea – ähnlich dem japanischen MITI – zur übergreifenden koordinierenden Instanz in der Wirtschaftspolitik. So konnte das EPB nicht nur die Industriepolitik bestimmen, sondern besaß eine herausragende Stellung in der Haushaltspolitik und sogar der Kreditallokation. Südkorea wurde nach 1962 eine Zeit lang durch Fünfjahrespläne gesteuert, gleichzeitig sorgte die Militärdiktatur durch die Unterdrückung von Gewerkschaften für niedrige Lohnkosten; die Arbeitskräfte wurden indessen im Rahmen eines quasi-militärischen betrieblichen Managements kontrolliert. Alles in allem bedienten sich staatliche Institutionen nunmehr eines differenzierten Instrumentariums im Bereich der Mikro- (Haushalte, Unternehmen), Meso- (Regionen, Sektoren) und Makropolitik (Gesamtwirtschaft), wie diverse Autoren herausgestellt haben (vgl. *Evans* 1995; *Jessop/Sum* 2006; *Wade* 1990). Das Staatseigentum war dabei nur eine unter mehreren Formen der Politisierung der Ökonomie; die staatliche Wirtschaftsplanung erlangte ebenso eine nachhaltige Bedeutung.

Die Wirtschaftskrisen nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems und den Ölschocks der frühen 1970er Jahre ließen allerdings diverse Formen der staatlichen

Wirtschaftssteuerung weniger attraktiv erscheinen und trugen dazu bei, dass insbesondere mit dem Aufstieg von Reagan und Thatcher seit den 1980er Jahren wieder liberale Ideen an Prominenz gewannen. Die Veränderungen der 1970er – das Ende einiger „Wirtschaftswunder“, die Krise des westlichen Fordismus und Stagnationstendenzen an der Peripherie – bildeten weltweit die Grundlage der Wirksamkeit neoliberaler Diskurse und des Aufstiegs der Finanzialisierung. Das betraf auch die Entwicklungs- und Schwellenländer. Galt im Westen der Keynesianismus als gescheitert, wurden in vielen weniger entwickelten Ländern bestimmte Versionen der Entwicklungstheorie und der stalinistischen Kommandowirtschaft als erledigt betrachtet. Anstelle dessen wurden liberale Entwicklungsmodelle von den Eliten der Dritten Welt zunehmend als Alternative bewertet (*Fröbel/Heinrichs/Kreye* 1988). Regierende, die sich bis dato zu mehr oder weniger staatlicher Planung bekannt hatten, versuchten nunmehr, die Volkswirtschaft zu liberalisieren. In diesem Zusammenhang gerieten auch die Konzepte einer „sozialistischen“ Planung mehr und mehr in die Krise. Die Ostblockstaaten und China stellten gewissermaßen die extremste Form der Staatsintervention seit den 1930ern dar. Deren wirtschaftliche Dynamik wurde jedoch weiterhin auch von den Rhythmen der Weltwirtschaft und den Kräfteverhältnissen des Staatensystems diktiert; landesintern kam es zu Inkonsistenzen aufgrund einer Plan-Anarchie.⁴ Während die globale staatskapitalistische Welle ab den 1930ern es dem Modell nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum gestattete, einen relativ effizienten Aufholprozess zu beginnen, stieß diese Strategie mit der zunehmenden Integration des Weltmarkts und der Transnationalisierung der Finanzmärkte ab den 1960ern an ihre Grenzen. Im Laufe der Zeit verlor die politische Praxis der angestrebten Autarkie an Dynamik. Die Entwicklung der Produktivkräfte, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine enge Anbindung von Unternehmen und Einzelstaaten mit sich brachte, entfaltete sich nunmehr auch und gerade in einen Trend zur Überschreitung nationaler Volkswirtschaften. Die Bemühungen in den „staatssozialistischen“ Ländern, die damit einhergehende neue internationale Arbeitsteilung zu umgehen, schränkten, wie sich herausstellte, zunehmend eine effiziente Kapitalakkumulation ein. Ein mangelhafter Technologietransfer durch die Abschottung vom Weltmarkt spiegelte beispielhaft das Dilemma einer auf Eigenständigkeit ausgerichteten Wirtschaft wieder. Je stärker es zu einer globalen Produktentwicklung kam, wie das etwa bei der Mikroelektronik der Fall war, umso augenscheinlicher erwies sich das Modell als defizitär.

Die Krise der Staatsinterventionismen bzw. der Kommandowirtschaften traf auch die bevölkerungsreichsten Länder Asiens. Die indischen Machteliten zum Beispiel, die noch kurz nach ihrer Unabhängigkeit in Form von Entwicklungsplänen („Bombay Plan“) Wirtschaftspolitik betrieben, erklärten den Nehru'schen „Sozialismus“ für beendet und begannen vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Stagnationstendenzen nach alternativen Strategien der Akkumulation zu suchen (*Chibber* 2003). Letztlich durchlief die VR China eine ähnliche Entwicklung. Neben den Ineffizienzen in der Staatswirtschaft wurden hier die unsteten außenwirtschaftlichen Beziehungen der Mao-Ära Gegenstand der Kritik. Das Vorbild der erfolgreichen Entwicklung ostasiatischer Ökonomien geriet hier zum Muster, dem man freilich seine spezifischen nationalen Konturen erst noch zu verleihen hatte (*ten Brink* 2013). Allerdings – das zeigen die Beiträge in diesem Heft – unterwarfen sich besonders die großen Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien der großen Liberalisierungswelle seit den 1970ern nur partiell. Anstelle dessen entwickelten sie, ohne das in einem strengen Sinne entwicklungspolitisch geplant zu haben, neue Spielarten des staatlich durchdrungenen Kapitalismus.

3. Die dritte Welle: Staatlich durchdrungener Kapitalismus in großen Schwellenländern

Ohne die historischen Parallelen mit den 1930ern (und den 1870ern) übermäßig zu strapazieren, scheint auch gegenwärtig wieder eine liberale Ära mit einer großen Wirtschaftskrise zu enden, in diesem Fall mit der Subprime-Finanzkrise. Auffällig ist jedenfalls, dass in den letzten Jahren das Leitbild eines staatlich durchdrungenen Kapitalismus deutlich an Attraktivität gewonnen hat, wie etwa die Sorge des Economist verdeutlicht. Im Gegensatz zum Staatskapitalismus 2.0 steht hier allerdings keine straffe zentrale Leitung der Ökonomie im Vordergrund, sondern der Wettbewerb verschiedener Bündnisse zwischen staatlichen Stellen und großen Unternehmen. Im Unterschied zu diesen älteren Vorstellungen eines Staatskapitalismus, in denen dieser als Synonym für eine Kommandowirtschaft galt, verkörpert die wirtschaftliche Organisation einiger großer Schwellenländer eher eine gemischte Wirtschaft, in der Wettbewerbsprinzipien sektorenübergreifend und über verschiedene Eigentumsformen hinweg, d.h. auch für staatseigene Unternehmen, herrschen. Einige Leitsektoren der Wirtschaft werden zwar weiterhin von staatseigenen Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen kontrolliert, doch koexistieren diese mit in- wie ausländischen Privatkonzernen. Alle staatlich durchdrungenen Marktwirtschaften der Gegenwart sind tief in das internationale Handels- und Investitionssystem (allerdings tendenziell weniger in das globale Finanzsystem) integriert und machen – im Gegensatz zur ersten Welle des Staatskapitalismus – nur sehr selektiv von Zöllen Gebrauch.

Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich die Beiträge dieses Schwerpunkts damit, die Konturen des Staatskapitalismus 3.0 etwas genauer nachzuzeichnen, den Aufstieg dieser Kapitalismusvariante zu erklären, eine erste Leistungsbilanz zu ziehen und danach zu fragen, ob der Staatskapitalismus 3.0 eine umfassende Herausforderung des liberalen westlichen Kapitalismus darstellt, auch in den Institutionen der globalen Wirtschaftsregulierung.

Den *ersten Teil* des Schwerpunktes bilden länderübergreifende Analysen. In seinem Beitrag „The Challenge of Refurbished State Capitalism: Implications for the Global Political Economic Order“ fragt *Christopher McNally*, inwiefern der globale Einbruch im Jahr 2008 einen historischen Umbruch markiert. Während einige Kommentatoren das Ende des Washington Consensus erklären, diagnostizieren andere eine fortwährende Hegemonie der neoliberalen Globalisierungsprozesse unter westlich-amerikanischer Führung. McNally argumentiert über diese etwas vereinfachenden Sichtweisen hinaus, dass modifizierte Varianten des Staatskapitalismus etwa in den BRIC-Ländern tatsächlich ein neuartiges polit-ökonomisches Modell konstituieren, welches die etablierte Weltordnung und ihre Leitbilder herausfordert. Allerdings unterscheidet sich die staatskapitalistische Herausforderung wesentlich von der sowjetrussischen Herausforderung während des Kalten Kriegs, da der „refurbished state capitalism“ weitaus stärker in die gegenwärtige Weltwirtschaft integriert ist. Die neuen Staatskapitalismen stellen eher eine „intra-systemische“ Gefahr dar, weil sie weniger versuchen, die neoliberale Ordnung zu ersetzen als vielmehr Einfluss über sie zu erlangen. Resultat ist ein komplexes Amalgam aus Interdependenzen und Rivalitäten, das zu erheblichen weltwirtschaftlichen und -politischen Verschiebungen drängt.

Veränderte weltwirtschaftliche Kräftekonstellationen stellen auch den Gegenstand des Aufsatzes „Der Aufstieg multinationaler Unternehmen aus Schwellenländern: Staatskapitalismus in besonderer Form“ von *Andreas Nölke* dar. Dabei bezieht er sich nicht schwer-

punktmäßig auf die medial besonders beachteten klassischen Staatsunternehmen und Staatsfonds, sondern auch und gerade auf Unternehmen, die sich formell in privater Hand befinden, jedoch informell eng mit staatlichen Stellen verbunden sind. Um diese staatliche Rolle etwas systematischer zu untersuchen als das in bisherigen Studien der Fall war, erläutert Nölke einerseits binnenstaatliche Maßnahmen, die das Wachstum dieser Unternehmen in ihren Heimatländern befördert haben. Andererseits analysiert er unterstützende (wirtschafts-)politische Maßnahmen bei der Multinationalisierung dieser Unternehmen. Schließlich wird diskutiert, welches Konfliktpotential zwischen den großen Schwellenländern und den etablierten Wirtschaftsmächten sich aus diesem besonders engen Verhältnis von Staat und großen Unternehmen in Schwellenländern in den nächsten Jahrzehnten ergeben können.

Im *zweiten Teil* des Schwerpunktes stehen länderspezifische Artikel im Zentrum. In ihrem Artikel „Staatlich durchdrungener Kapitalismus in Indiens metropolitenen Zentren“ stellen *Christian May* und *Andreas Nölke* einen Mythos in Frage, dem zufolge Indien mittlerweile gewissermaßen als liberale Marktwirtschaft betrachtet werden kann. Wie die Autoren zeigen, hat die gemeinhin als wirtschaftliche Öffnung bezeichnete Transformation der indischen Volkswirtschaft seit den 1980ern zwar die zentrale, hierarchische Steuerung der Wirtschaft durch den Staat verringert, jedoch nicht die Steuerung insgesamt. Der indische Staat hat sich verändert, keinesfalls hat er sich jedoch sämtlicher Steuerungspotentiale entledigt. Vielmehr haben sich neuartige Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat herausgebildet, die sich ebenfalls vom Konzept des (ostasiatischen) Entwicklungsstaats unterscheiden. Mittels einer historischen Rekonstruktion gelangen May und Nölke zur These, dass sich der moderne indische Staatskapitalismus als „staatlich durchdrungene Marktökonomie“ charakterisieren lässt. Darüber hinaus werden die gravierenden sozialen und sozioökonomischen Schattenseiten dieses „Erfolgsmodells“ beschrieben.

In der Volksrepublik China hat sich eine besonders dynamische Form der staatlich durchdrungenen Marktökonomie herausgebildet, wie *Tobias ten Brink* in seinem Beitrag „Wirtschaftsregulierung in China. Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerungskapazitäten in einem nicht-liberalen Kapitalismus“ zeigt. Um wesentliche Charakteristika der post-maoistischen Volkswirtschaft und Dimensionen der Wirtschaftsregulierung zu untersuchen, rekonstruiert *ten Brink* den Wandel der wirtschaftspolitischen Intervention mit einem Augenmerk auf die zentralstaatlichen Institutionen. Er weist dabei eine Zunahme der staatlichen Steuerungskapazitäten nach, die nicht zuletzt auf originären Grundlagen wie privat-öffentlichen Netzwerken, staatszentrierten Leitbildern, eigentümlichen Innovationspolitiken im „Schatten“ der Hierarchie und dem fortwährenden Gewicht der Kommunistischen Partei gründen. Insgesamt läuft die Zunahme der zentralstaatlichen Steuerungskapazitäten jedoch keinesfalls auf eine allumfassende Kontrollmacht hinaus. Es lassen sich eine Reihe widersprüchlicher Entwicklungstendenzen des wettbewerbsgetriebenen Systems Chinas nachweisen.

Eine Analyse der Entwicklungsdynamiken der größten Volkswirtschaften Lateinamerikas leistet der Beitrag „Neodevelopmentalist state capitalism in Brazil and Argentina: chances, limits and contradictions“ von *Matthias Ebenau* und *Victoria Liberatore*. Die beiden Autoren weisen nach, wie in Brasilien und Argentinien staatskapitalistische Wirtschaftsstrategien, unterfüttert von einem „neodevelopmentalist political thought“, an Bedeutung gewonnen haben. Unter Einbezug materialistischer Staatstheorien und dependenztheoretischer Überlegungen wird einerseits gezeigt, wie sowohl Brasilien als auch Argentinien im Unterschied zu früheren Phasen einer neoliberalen Dominanz ein relativ

starkes Wachstum erzielen konnten. Andererseits analysieren *Ebenau* und *Liberatore* die sozialen und ökologischen Grenzen staatskapitalistischer Strategien und argumentieren, dass sich etwa im Falle Brasiliens kein fundamentaler Bruch mit dem seit Langem beobachtbaren exklusiven Wirtschaftswachstum ergeben hat, und im Falle Argentinien eine Zunahme sozialer Konflikte nachweisbar ist. Beide Länder haben darüber hinaus auch durch die Wiederbelebung neodevelopmentalistischer Ideen mit verstärkter Staatsintervention klassische Probleme der abhängigen Entwicklung nicht überwunden, wie etwa eine fortwährende Abhängigkeit gegenüber dem Export von Primärgütern zeigt.

4. Ausblick

Dieser Schwerpunkt dokumentiert eine noch junge, offene Diskussion über die Bedeutung staatlich durchdrungener Marktökonomien in großen Schwellenländern der Gegenwart. Eine Reihe weiterer theoretischer Perspektiven und empirischer Fragestellungen wären hinzuzufügen. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Implikationen des „Staatskapitalismus 3.0“ für die gegenwärtige Kapitalismusforschung benennen, auf die wir nun abschließend hinweisen möchten (vgl. auch *May/Nölke* 2013; *ten Brink* 2013).

Erstens besteht die Notwendigkeit, Staat und Politik in die Kapitalismusanalyse stärker zu integrieren als das etwa bei Forschungsprogrammen der Fall ist, die ihr Augenmerk vorwiegend auf die Organisation des Marktes und das Handeln von Unternehmen richten und sich meist auf die Untersuchung westlicher Spielarten des Kapitalismus beschränken. Die zeitgenössische Entwicklung besonders der aufstrebenden Schwellenländer dient dagegen als Beleg für die Mannigfaltigkeit staatlicher Interventionsoptionen. Dieser Sachverhalt sollte in die Diskussionen um die aktuellen Transformationen des Kapitalismus (d.h. nicht allein in den Schwellenländern) einfließen. Im historischen Zeitverlauf lässt sich dabei eine Erweiterung der politischen Eingriffsmöglichkeiten und Instrumentarien nachweisen, die der Vorstellung einer „post-nationalen“ Welt und einer abnehmenden Rolle des Staates widerspricht. Wie angedeutet, war das Interventionsinstrumentarium bei den ersten Spätentwicklern noch weitgehend auf die Beeinflussung der Umwelt von Firmen beschränkt. Doch erweiterte sich der Spielraum des modernen Staates im 20. Jahrhundert.⁵ Ermöglicht wurde dies auch durch einen enormen Zuwachs an administrativen Kapazitäten und ökonomischem Wissen. Seit den 1980ern haben sich in großen Schwellenländern darüber hinaus die Instrumentarien des Krisenmanagements und der Förderung der internationalen Expansion weiter entwickelt. Ähnliches lässt sich bei dem Versuch, eine gesteuerte Öffnung und selektive Integration in den Weltmarkt zu organisieren, feststellen. Die Machteliten verknüpfen dabei auch solche Steuerungsmethoden, die über den engeren Raum der staatlichen Institutionen hinausreichen – so werden (informelle) netzwerk- sowie marktförmige Vermittlungs- und Aushandlungsprozesse mit der hierarchischen Verordnung verbunden. Auch dies erhärtet die Vermutung, dass die Kapitalismusforschung auf staatstheoretische Analysen nicht verzichten darf.

Insofern drängt sich *zweitens* die Notwendigkeit auf, über die Integration staatlichen Handelns in die Kapitalismusanalyse hinaus den historischen Wandlungsprozess der Staatsintervention und des wirtschaftspolitischen Instrumentariums stärker zu berücksichtigen, um neue Formen staatlich durchdrungener Marktwirtschaften hinreichend analysieren zu können. Entgegen medial geäußerten Positionen, die vielfach unreflektiert auf ältere Ausdrucksformen des Staatskapitalismus rekurren, wenn sie über Länder wie China schrei-

ben, gilt es vielmehr die spezifischen Transformationen der Staatlichkeit in diesen Ländern zu analysieren – wo etwa in China der alte maoistische Staat gewissermaßen eine ganze Reihe von Schritten „nach hinten“ machte, um von einem neuartigen, netzwerkförmig-autoritären Staatsgeflecht abgelöst zu werden, das die Effizienz des alten Herrschaftsapparates bei weitem zu übertreffen scheint. Es gilt also einen wissenschaftlich präzisen Begriff der neuen Spielarten und Formen des Staatskapitalismus zu erarbeiten; auch im Unterschied zu Autoren und politischen Akteuren, die den Begriff des „Staatskapitalismus“ mit einer politischen Zielsetzung in Dienst nehmen, um die Vorzüge der „freien“ Marktwirtschaften des Westens den Nachteilen der „aggressiven“ staatskapitalistischen Regime des Ostens und Südens gegenüber zu stellen (vgl. *Bremmer* 2010).

Drittens erinnern uns die hier vorgestellten Analysen daran, dass staatlich durchdrungene Kapitalismen nicht gleichzusetzen sind mit krisenfreien Kapitalismen. Steuerungsmacht ist nicht gleich realisierte Steuerung. Nicht allein wurden die Reformprozesse der hier untersuchten Länder vielfach durch Krisen induziert. Auch finden in den nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien erfolgreichen Volkswirtschaften Entwicklungen statt, die das verhältnismäßig konsistente Wachstumsmodell zu unterminieren drohen, wie überoptimistischen Wachstumsprognosen entgegengehalten werden sollte. Krisen- und konflikttheoretische Betrachtungsweisen stellen sich also als hilfreich heraus, um die Entwicklungsdynamik der Schwellenländer zu erfassen.

Schließlich kann uns eine Erweiterung der Kapitalismusanalyse auf die aufstrebenden Schwellenländer dabei helfen, die Frage etwaiger neuer „staatskapitalistischer“ Leitbilder auch in den politischen Ökonomien des Westens zu klären. Im Kontext der Finanzkrise wurde die Bedeutung des Staates als Stütze des Kapitalismus auch im Westen wieder stärker anerkannt (vgl. *Hassel/Lütz* 2010; *Schimank* 2009), eine Bedeutung, die ja in Wirklichkeit auch in den vorgeblich wirtschaftsliberalen Leitländern immer gegeben war. Allerdings ist angesichts einer sehr hohen Verschuldung sehr fraglich, ob der nun legitimatorisch gestärkte Staat im Westen wirklich in der Lage wäre, eine weitere Krise ähnlicher Dimension zu schultern, eine Krise, die etwa angesichts der anhaltenden Dominanz der notorisch fragilen Finanzmärkte nicht auszuschließen ist.

Insgesamt wird also deutlich, dass sich mit dem „Staatskapitalismus 3.0“ gerade ein alternatives Leitbild zum liberalen westlichen Kapitalismus mit erheblichem Entwicklungspotential etabliert. Auch wenn der Glanz der liberalen Ideologie deutliche Kratzer bekommen hat, kann bisher allerdings noch nicht von einer klaren Herausforderung durch eine kohärente und von den großen Schwellenländern getragene Alternative gesprochen werden, auch wenn das Konfliktpotential zwischen den liberal geprägten Institutionen der Weltwirtschaft und den institutionellen Arrangements in diesen Ländern nicht gering ist, und vereinzelt eine dissidente Rhetorik artikuliert wird. Noch ist also unklar, wie weit das Pendel zugunsten einer stärkeren staatlichen Durchdringung kapitalistischer Ökonomien zurückschlägt. Auch wenn es bereits vielfach zu einer „Reartikulation des Nexus zwischen Staat und Kapital“ (*van Apeldoorn et al.* 2012) kommt, ist es (noch) zu früh, um von einer grundlegend neuen *globalen* Entwicklungsphase des Kapitalismus zu sprechen. Zu guter Letzt sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass eine vom Staatskapitalismus 3.0 geprägte Welt nicht unbedingt erfreulicher sein wird als jene des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus – die Beiträge dieses Schwerpunkts zeigen, dass die Ökonomien der großen Schwellenländer von einer sogar noch größeren sozialen Ungleichheit und einer gravierenden Kollusion ökonomischer und politischer Macht gekennzeichnet sind.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag beruht auf dem Forschungsprojekt „Eine BICS-Variante des Kapitalismus? Die Herausbildung staatlich-durchdrungener Marktökonomien in großen Schwellenländern“, das die DFG unter dem GZ NO 855/3-1 fördert.
- 2 Allerdings hatten bereits vor den 1930ern führende Theoretiker der Arbeiterbewegung wie *Hilferding* („organisierter Kapitalismus“) oder *Bucharin* („staatskapitalistischer Trust“) sowie Sozialwissenschaftler der Historischen Schule (u.a. *Gustav Schmoller*) oder *Werner Sombart* auf die zentrale Bedeutung des Staates und der Politik für die wirtschaftliche Entwicklung verwiesen. In den 1940ern vertrat etwa *Friedrich Pollock* die Position, dass eine neue Form des organisierten Kapitalismus, der „Staatskapitalismus“, in den USA und im nationalsozialistischen Deutschland die bis dato geltenden Wert- und Akkumulationsgesetze außer Kraft setze und alte Krisenmechanismen nicht mehr greifen würden (*Pollock* 1975). Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Studie von *Shonfield* (1968) zur viel beachteten Referenz, der eine Verschiebung weg vom Privatkapitalismus hin zu einem „geplanten“ Kapitalismus analysierte (zur Untersuchung staatlich gelenkter Entwicklung im „Süden“ vgl. *Gerschenkron* 1966; überblicksartig zur Kapitalismusforschung nach 1945: *Streeck* 2010).
- 3 Für den Zeitraum von 1945 bis Mitte der 1960er Jahre lassen sich eine stabilisierende Rolle der US-Rüstungsproduktion für die BIP-Wachstumsraten besonders der USA, aber auch wachstumsfördernde Impulse in anderen Volkswirtschaften nachweisen. Der Koreakrieg zu Beginn der 1950er wirkte wie ein riesiges Konjunkturprogramm – auch für andere Teile der Weltwirtschaft, indem etwa die amerikanische Rüstungsproduktion die Nachfrage nach deutschen Maschinenbauprodukten steigerte (*Rödel* 1972). Bis in die 1960er Jahre schwankten die Militärausgaben um die 10 % des BIP der USA. Jeder fünfte Steuerdollar ging in Rüstungsaufträge, was – u.a. wegen der stabilen Nachfrage nach Rüstungsgütern und Gütern der damit verbundenen Zuliefererindustrien – einen relativ stabilen Aufschwung beförderte (*Kidron* 1971). Die Tatsache, dass etwa die Rüstungsausgaben auf die bis dahin von Nachfrageschwankungen geprägten Investitionsgüterindustrien konzentriert waren, wirkte stabilisierend. Technischer Fortschritt durch staatlich finanzierte Forschungen bewirkte zudem technische Innovationen. Neue Rüstungstechnologien wurden für die Einführung produktivitäts- und gewinnsteigernder technischer Neuerungen in der zivilen Produktion verwendet.
- 4 Aus diesem Grund optierten einige kritische Gesellschaftstheoretiker dafür, die unterschiedlichen Varianten des Realsozialismus gewissermaßen in den Rahmen der zweiten Welle des Staatskapitalismus zu stellen und fassten diese als Formen eines „bürokratischen Kapitalismus“ bzw. „bürokratischen Staatskapitalismus“ (vgl. *Castoriadis* 1988, *Cliff* 1974; *Szelényi* 1982). *Castoriadis* beispielsweise bezeichnet die realsozialistischen Gesellschaften als „bürokratische“ Kapitalismen, weil in ihnen wie in den westlichen Kapitalismen die unbegrenzte Ausdehnung der Beherrschung von Natur und Gesellschaft sowie die end- und maßlose Entfaltung der Produktivkräfte mit allen Mitteln betrieben wurden. Die Subjekte der Produktion wurden, völlig entgegen der Zielsetzung einer sozialistischen Transformation, als Objekte behandelt. Den realsozialistischen Gesellschaften wurde mittels der gewaltsamen Aufhebung der Differenz zwischen dem politischen Herrschaftsapparat und zivilgesellschaftlichen Sphären eine totalitäre Struktur verliehen.
- 5 Insbesondere im Falle der Bildung korporatistischer Strukturen dehnten sich zudem die Möglichkeiten der Arbeits- und Sozialpolitik aus.

Literatur

- Bairoch, Paul/Kozul-Wright, Richard*, 1996: Reflections on Integration, Industrialization and Growth in the World Economy, Discussion Paper No. 113, Geneva: UNCTAD.
- Becker, Uwe* (Hrsg.), 2013: The BRICS and Emerging Economies in Comparative Perspective: Political Economy, Liberalization and Institutional Change, Abingdon/New York: Routledge (im Erscheinen).
- Block, Fred*, 1994: The Roles of the State in the Economy, in: *Smelser, Neil J./Swedberg, Richard* (Hrsg.), The Handbook of Economic Sociology, Princeton: Princeton University Press, S. 691-710.
- Bremmer, Ian*, 2010: The End of the Free Market: Who Wins the War Between States and Corporations?, New York: Portfolio.

- Carney, Richard W./Witt, Michael A.*, 2013: The Role of the State in Asian Business Systems, in: *Witt, Michael A./Redding, Gordon* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Asian Business Systems*, Oxford: Oxford University Press (im Erscheinen).
- Castoriadis, Cornelius*, 1988: The Relations of Production in Russia, in: *Castoriadis, Cornelius*, *Political and Social Writings. Volume 1*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 107-158.
- Chibber, Vivek*, 2003: *Locked in Place: State-Building and Late Industrialization in India*, Princeton: Princeton University Press.
- Cliff, Tony*, 1974: *State Capitalism in Russia*, Pluto Press: London.
- Economist*, 2012: The Rise of State Capitalism. The Emerging World's New Model (Special Report), January 21st-27th. Online verfügbar unter: <http://www.economist.com/printedition/2012-01-21>, Stand: 16.08.2012.
- Evans, Peter*, 1995: *Embedded Autonomy: States and Industrial Transformation*, Princeton, NY: Princeton University Press.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto*, 1988: Die Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung, in: *Altvater, Elmar/Hübner, Kurt/ Lorentzen, Jochen/Rojas, Raul* (Hrsg.), *Die Armut der Nationen: Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire*, Berlin: Rotbuch, S. 92-101.
- Gerschenkron, Alexander*, 1966: *Economic Backwardness in Historical Perspective: A Book of Essays*, Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Hassel, Anke/Lütz, Susanne*, 2010: Durch die Krise aus der Krise? Die neue Stärke des Staats, in: *der moderne staat* 3, 2, S. 251-271.
- Hobsbawm, Eric*, 1999: *Das imperiale Zeitalter. 1875-1914*, Frankfurt/M.: Fischer.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling*, 2006: *Beyond the Regulation Approach: Putting Capitalist Economies in their Place*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Kidron, Michael*, 1971: *Rüstung und wirtschaftliches Wachstum. Ein Essay über den westlichen Kapitalismus nach 1945*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kristensen, Peer Hull/Morgan, Glenn*, 2012: Theoretical Contexts and Conceptual Frames for the Study of Twenty-First Century Capitalisms, in: *Morgan, Glenn/Whitley, Richard* (Hrsg.), *Capitalisms and Capitalism in the Twenty-First Century*, Oxford: Oxford University Press, S. 11-43.
- Kromphardt, Jürgen*, 1987: *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus: von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Mann, Michael*, 1998: *Geschichte der Macht, Dritter Band. Teil I: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*, Frankfurt/New York: Campus.
- May, Christian/Nölke, Andreas*, 2013: Kritischer Institutionalismus in der Vergleichenden Kapitalismusforschung, in: *Bruff, Ian/Ebenau, Matthias/May, Christian/Nölke, Andreas* (Hrsg.), *Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 103-118.
- Musacchio, Aldo/Lazzarini, Sergio C.*, 2012: *Leviathan in Business: Varieties of State Capitalism and their Implications for Economic Performance*, unpublished paper, Online verfügbar unter: <http://ssrn.com/abstract=2070942>, Stand: 13.01.2013.
- Nölke, Andreas*, 2012: The Rise of the 'B(R)IC Variety of Capitalism' – Towards a New Phase of Organized Capitalism?, in: *Overbeek, Henk/van Apeldoorn, Bastiaan* (Hrsg.), *Neoliberalism in Crisis*, London/New York: Palgrave MacMillan, S. 117-137.
- Offe, Claus*, 2006: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie*, Frankfurt/M.: Campus.
- Orru, Marco/Biggart, Nicole Woolsey/Hamilton, Gary G.* (Hrsg.), 1997: *The Economic Organization of East Asian Capitalism*, Thousand Oaks: Sage.
- Polanyi, Karl*, 1944/1978: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Pollock, Friedrich*, 1975: Staatskapitalismus, in: *Dubiel, Helmut* (Hrsg.), *Friedrich Pollock. Studien des Kapitalismus*, München: C. H. Beck, S. 72-100.
- Rödel, Ulrich*, 1972: *Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schimank, Uwe*, 2009: „Vater Staat“: ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne, in: *der moderne staat* 2, 2, S. 249-270.

- Schneider, Ben Ross*, 2013: Hierarchical Capitalism: Business, Labor, and the Challenge of Equitable Development in Latin America (im Erscheinen).
- Sharma, Ruchir*, 2012: Broken BRICs: Why the Rest Stopped Rising, in: *Foreign Affairs*, 91, 2, S. 2-7.
- Shonfield, Andrew*, 1968: Geplanter Kapitalismus – Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Streeck, Wolfgang*, 2010: E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism, in: MPIfG Discussion Paper 10/12, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Szelényi, Iván*, 1982: The Intelligentsia in the Class Structure of State-Socialist Societies, in: *Burawoy, Michael/Skocpol, Theda* (Hrsg.), *Marxist Inquiries: Studies of Labor, Class, and States*, Chicago: University of Chicago Press, S. 287-326.
- ten Brink, Tobias*, 2013: *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*, Frankfurt/New York: Campus.
- van Apeldoorn, Bastiaan/De Graaff, Naná/Overbeek, Henk*, 2012: The Rebound of the Capitalist State: The Rearticulation of the State-Capital Nexus in the Global Crisis, in: *Globalizations*, 9, 4, S. 467-470.
- van Agtmael, Antoine*, 2012: Think Again: The BRICS, in: *Foreign Policy*, November, S. 76-79.
- Wade, Robert*, 1990: *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, Princeton: Princeton University Press.

Anschriften der Autoren:

Dr. habil. Tobias ten Brink, Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB 03: Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt/Main
E-Mail: tobias.ten.brink@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Andreas Nölke, Goethe-Universität Frankfurt am Main, FB 03: Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt/Main
E-Mail: a.noelke@soz.uni-frankfurt.de